

An:
Oberbürgermeister Andreas Brand

Cc:
Erster Bürgermeister Dr.Ing. Stefan Köhler
Bürgermeister Andreas Köster
Bürgermeister Dieter Stauber

Bündnis 90 / Die Grünen
Gemeinderatsfraktion Friedrichshafen
Schanzstraße 14
88045 Friedrichshafen
☎ 07541-203-7930
✉ fraktion@gruene-fn.de

Ansprechpartnerin:
Gemeinderätin Christine Heimpel
☎ 07541-587023
✉ christine.heimpel@rat.friedrichshafen.de

www.gruene-fn.de

Friedrichshafen, 5. April 2019

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Öffentliche Solidaritätserklärung der Stadt Friedrichshafen zur SEEBRÜCKE – sichere Häfen

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass sich die Stadt Friedrichshafen öffentlich mit den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisiert und weiterhin, wie bereits in der Vergangenheit paktiziert, ihrer humanitären Verantwortung als sicherer Hafen nachkommt.

Begründung:

Die SEEBRÜCKE ist eine internationale Bewegung, getragen von verschiedenen Bündnissen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft. SEEBRÜCKE solidarisiert sich mit allen Menschen auf der Flucht und erwartet von der deutschen und europäischen Politik sofort sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind – kurz: Weg von Abschiebung und Abschottung und hin zu Bewegungsfreiheit für alle Menschen.

Seit der Gründung der SEEBRÜCKE im Juli 2018 haben sich bereits 47 Städte, Gemeinden und Kommunen in Deutschland mit der SEEBRÜCKE solidarisch erklärt. In Baden-Württemberg sind dies Freiburg, Konstanz, Heidelberg, Rottenburg und Karlsruhe. Sie stellen sich gegen die Abschottungspolitik Europas und leisten selbst einen Beitrag um mehr Menschen ein sicheres Ankommen zu ermöglichen. Diese Beiträge sind lokal sehr unterschiedlich. Die Städte, Gemeinden und Kommunen erfüllen mindestens eine der Forderungen der SEEBRÜCKE.

Forderungen der SEEBRÜCKE sind:

- Öffentliche Solidaritätserklärung
- Aktive Unterstützung der Seenotrettung
- Aufnahme zusätzlich zur Quote
- Aufnahmeprogramme unterstützen
- Kommunales Ankommen gewährleisten
- Nationale und europäische Vernetzung
- Bündnis Sichere Häfen
- Transparenz

Einige dieser Forderungen sind in der Stadt Friedrichshafen bereits gängige und gute Praxis. So wurden bereits in der Vergangenheit geflüchtete Menschen zusätzlich zur bestehenden Quote aufgenommen. Das kommunale Ankommen wurde mit speziellen Programmen organisiert und mit vielen hauptamtlichen Kräften und ehrenamtlich Engagierten umgesetzt. Sowohl Maßnahmen als auch Ergebnisse wurden in der Vergangenheit immer mit hoher Transparenz gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern kommuniziert.

Nach dem Grundsatz „Tue Gutes und rede darüber“ ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Meinung, dass die Stadt Friedrichshafen ihr positives Handeln auch nach außen tragen darf und sich aus diesem Grund als Hafenstadt mit einem öffentlichen Bekenntnis zur SEEBRÜCKE und deren Zielen solidarisch erklärt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Ch. Heimpel". The signature is written in a cursive, flowing style.

Christine Heimpel

im Namen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen



Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen, die fliehen mussten, einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Wir sind der festen Überzeugung, dass dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, die kommunale Politik tätig werden muss.

Daher fordern wir unsere Stadt/Kommune _____ auf, sich zum Sicheren Hafen zu erklären.

Zu einem Sicheren Hafen gehört, dass die Stadt/der Landkreis:

Öffentliche Solidaritätserklärung

1. sich mit Menschen auf der Flucht und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch erklärt.

Aktive Unterstützung der Seenotrettung

2. sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer positioniert und diese aktiv unterstützt sowie die Patenschaft und finanzielle Unterstützung für ein ziviles Seenotrettungsschiff übernimmt bzw. sich daran beteiligt.

Aufnahme zusätzlich zur Quote

3. die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicherstellt:

• Die Stadt / der Landkreis _____ erklärt sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, ähnlich eines Relocation-Programms, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland _____ hergestellt.

Aufnahmeprogramme unterstützen

4. sich gegenüber dem Bundesland _____ und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden einsetzt und dazu selbst zusätzliche Aufnahmeplätze anbietet:

TRÄGERVEREIN

Mensch Mensch Mensch e.V.
Postfach 65 03 05
13303 Berlin

KONTAKT

Telefon: 0049 30 / 52 666 130
support@seebruecke.org
www.seebruecke.org

SPENDENKONTO (Betreff: Seebrücke)

IBAN: DE88430609671167120500
BIC: GENODEM1GLS
GLS Gemeinschaftsbank



- • Die Stadt / der Landkreis _____ fordert die Regierung des Bundeslandes _____ auf, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtende gem. § 23 Absatz 1 AufenthG einzuführen und damit Flüchtenden die legale Einreise nach Deutschland und einen legalen Aufenthalt zu ermöglichen.
- • Die Stadt / der Landkreis _____ fordert die Regierung des Bundeslandes _____ und die Bundesregierung auf, im Rahmen des Resettlements gem. § 23 Absatz 4 AufenthG und anderen Programmen der legalen Aufnahme von Flüchtenden dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen illegalisierten Wegen ersparen.
- • Die Stadt / der Landkreis _____ erklärt sich dem Bundesland _____ und der Bundesregierung gegenüber bereit, zusätzliche Aufnahmeplätze für Einreisende in diesen Programmen verlässlich zur Verfügung zu stellen.
- • Zudem setzt sich die Stadt / der Landkreis über das Land für die Streichung des Satzes 3 des § 23 Abs. 1 AufenthG ein, wodurch die Zustimmungserfordernis des Bundes für eine Flüchtlingsaufnahme entfiel.
- • Die Stadt / der Landkreis fordert die Einführung einer eigenständigen Norm zur kommunalen Aufnahme entsprechend dem § 23 Abs. 1 AufenthG zur eigenständigen Aufnahme durch die Länder.

Kommunales Ankommen gewährleisten

5. für ein langfristiges Ankommen sorgt, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, zur Verfügung gestellt werden.

Nationale und europäische Vernetzung

6. sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einsetzt.

Bündnis Sichere Häfen

7. sich an der Gründung eines Bündnisses aller Sicheren Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik beteiligt.

Transparenz

8. alle unternommenen Handlungen veröffentlicht, mit denen _____ zu einem Sicheren Hafen wird.

TRÄGERVEREIN

Mensch Mensch Mensch e.V.
Postfach 65 03 05
13303 Berlin

KONTAKT

Telefon: 0049 30 / 52 666 130
support@seebruecke.org
www.seebruecke.org

SPENDENKONTO (Betreff: Seebrücke)

IBAN: DE88430609671167120500
BIC: GENODEM1GLS
GLS Gemeinschaftsbank